



# HESSISCHER LANDTAG

25. 06. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Dringlicher Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend Demonstrationsfreiheit schützen - unangemessenen  
Polizeieinsatz bei Blockupy-Demo aufklären**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Meinungsfreiheit und das Recht, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren, sind als zentrale politische und demokratische Grundrechte unverzichtbare Pfeiler einer freiheitlichen Demokratie. Diese Grundrechte gelten auch für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main, bei der Tausende Demonstranten ihre grundsätzliche Kritik am Wirtschaftssystem ausdrücken wollten.
2. Der Landtag missbilligt, dass bei der Blockupy-Demonstration vom 1. Juni 2013 eine kleine Gruppe von Demonstranten unter anderem Pyrotechnik, Latten, Wurfgeschosse und anderen Waffen mit sich führte und gegen Polizeibeamte einsetzte. Gewalt ist inakzeptabel. Waffen und andere zur Gewalt geeignete Gegenstände haben auf einer friedlichen Demonstration nichts verloren.
3. Der Landtag kritisiert die Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes, durch den die Demonstration am 1. Juni 2013 faktisch unterbunden wurde. Eine Polizeistrategie, die auf Deeskalation angelegt ist, sieht deutlich anders aus. Es ist Aufgabe der Polizei, die Ausübung des Demonstrationsrechts zu gewährleisten. Wegen einiger Störer darf nicht die Demonstration insgesamt unterbunden werden. Rund 900 Demonstrierende wurden im Polizei-Kessel über Stunden festgesetzt und somit wurde der gesamte Demonstrationzug verhindert.
4. Der Landtag ist bestürzt über die Vielzahl an Vorwürfen exzessiver Gewalt und Beeinträchtigungen der Pressefreiheit, die von Demonstranten, Journalisten, unabhängigen Beobachtern und der OSZE gegen Polizisten erhoben werden.
5. Der Landtag befürchtet, dass durch den unangemessenen Polizeieinsatz Betroffene, Beobachterinnen und Beobachter und viele Bürgerinnen und Bürger in ihrem Vertrauen in Polizei und Rechtsstaatlichkeit erschüttert sind, und erwartet eine schnelle, transparente und lückenlose Aufklärung aller Vorwürfe.

Wiesbaden, 25. Juni 2013

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**